

Der Gaza-Abzug und seine Auswirkungen

Veranstaltungsform: Workshop (30 Teilnehmer)
Partner: KAS Amman
Zeit / Ort: 3. - 4. September 2005, Palm Beach Hotel Larnaka, Zypern
Sprache: Englisch

Programmübersicht

Samstag, 3. September 2005

Eröffnungssitzung:

Herr Dr. Hardy Ostry, Repräsentant KAS-Regionalprogramm Nahost / Mittelmeer
Herr Prof. Dr. David Newman, Institut für Politik und Regieren, Ben Gurion Universität, Israel
Herr Dr. Mohammad Dajani, Institut für Amerika Studien, Al-Quds Universität, Palästina
Herr Ioannis Kasoulides, MEP, Ehemaliger Außenminister, Zypern

1. Sitzung: Gaza Abzug Warum und Wie? Umstände und Voraussetzungen:

Herr Dr. Yossi Beilin, Vorsitzender der Yahad Partei, Ehemaliger Justizminister, Israel
Herr Dr. Hanna Siniora, Palästinensischer Geschäftsführer des israelisch-palästinensischen Forschungs- und Informationszentrums (IPCRI), Palästina
Herr Dr. Gershon Baskin, Israelischer Geschäftsführer und Gründer des israelisch-palästinensischen Forschungs- und Informationszentrums (IPCRI), Israel

2. Sitzung: Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Abzuges:

Herr David Brodet, Ehemaliger Generaldirektor des Finanzministeriums, Israel
Frau Katharina Lack, Vertreterin des Büros des Sondergesandten für den Gaza-Abzug, Jerusalem

3. Sitzung: Sicherheitskooperation und regionale Entwicklung:

Herr Dr. Ghassan Al-Attiah, Direktor der irakischen Stiftung für Demokratie und Entwicklung, Irak
Herr Dr. Khalil Shikaki, Direktor des Zentrums für Politik- und Umfrageforschung (PSR), Palästina
Herr Dr. Shaul Arieli, Projekt-Manager von Elbit Systeme, Israel
Herr Dr. Mohammed Abdel Salaam, Al-Ahram Zentrum für strategische Studien, Ägypten
Herr Ashraf Zeitoun, Berater des stellvertretenden jordanischen Ministerpräsidenten, Jordanien

Sonntag, 4. September 2005

4. Sitzung: Der Gaza-Abzug und die Roadmap:

Herr Rami Nasrallah, Internationales Zentrum für Frieden und Zusammenarbeit (IPCC), Palästina
Frau Prof. Dr. Galia Golan, Interdisziplinäres Zentrum Herzliya, Prof. em. Der Hebräischen Universität Jerusalem und Leiterin der israelischen Friedensbewegung Peace Now, Israel
Herr Yossi Alpher, Mitbegründer und Mitherausgeber von Bitterlemons, Ehemaliger Direktor des Jaffa Zentrums für strategische Studien an der Tel Aviv Universität, Israel
Herr Dr. Martin Beck, Referent für Nahost-Studien am Deutschen Orient Institut Hamburg, Deutschland

5. Sitzung: Regionale Auswirkungen des Abzuges:

Libanesischer Referent

Schlussitzung:

Leitung: **Herr Prof. Dr. David Newman**, **Herr Dr. Mohammad Dajani**

Eröffnungssitzung:

Dr. Hardy Ostry begrüßte in seinem Eingangsstatement die Konferenzteilnehmer und verwies darauf, dass es das Ziel der Konferenz sei, sich mit den Hintergründen des israelischen Gaza-Rückzuges und den daraus resultierenden zukünftigen Herausforderungen für alle Parteien auseinanderzusetzen. Es sei allen Beteiligten klar, dass es jetzt um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Gaza und die Sicherstellung der äußeren wie der inneren Sicherheit im Gazastreifen gehen muss wobei es natürlich unterschiedliche Sichtweisen zum weiteren Vorgehen gibt. Diese unterschiedlichen Sichtweisen einander gegenüberzustellen und die Beantwortung der Frage, ob der Gaza-Abzug eine Rückkehr zum Friedensprozess eröffnet, sollen im Zentrum der Diskussionen stehen.

Prof. David Newman stellte in seinen Begrüßungsworten heraus, dass in dem Workshop vor allem darüber diskutiert werden solle, wie mit der Realität des israelischen Rückzuges aus Gaza umzugehen sei. Nach langen Friedensbemühungen sei nun der Abzug begonnen worden und man müsse sich nun einer deutlich veränderten politischen Realität stellen.

Auch **Dr. Mohammed Dajani** unterstrich in seinen einführenden Bemerkungen, dass der Gaza-Rückzug ein äußerst wichtiger politischer Schritt sei, von dem viele glauben dass er eine positive Entwicklung zeitigen wird. Es gelte nun diese neue Chance für den Frieden zu beschreiben aber auch die dem Abzug inne wohnenden Risiken im Auge zu behalten. Die folgenden Diskussionen würden dazu genutzt werden, zu klären welche Herausforderungen sich für Israel, die Palästinenser und die benachbarten Staaten jetzt stellten. Was in der auf den Abzug folgenden Zeit passieren wird, sei seiner Meinung nach noch völlig offen. Eine Vielzahl an Szenarien sei denkbar, darunter sowohl eine Bruchlandung mit totalem Chaos als auch eine in seiner Auffassung wahrscheinlichere positive Entwicklung.

Der Europaabgeordnete und ehemalige zyprische Außenminister, **Ioannis Kasoulides** stellte in seinem Grußwort heraus, dass auch er den israelischen Abzug aus Gaza als eine positive Entwicklung sehe. Allerdings sei es falsch, den Abzug als Ausdruck israelischer Schwäche oder gar als Sieg der militanten Palästinenser zu deuten. Genauso wenig dürfe Israel den Abzug als Freibrief zur Intensivierung der Siedlungstätigkeit im Westjordanland betrachten. Der nächste Schritt müsse nun sein, die neu geschaffenen Realitäten zu konsolidieren. Auf beiden Seiten laste noch immer großer Druck, Lösungen für die vielschichtigen Probleme der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen zu finden. Antworten auf die sich im Zusammenhang mit dem israelischen Abzug stellende Fragen kämen wohl weniger von außen, fänden sich aber auch nicht von selbst. Ein wichtiger Beitrag der Konferenz sei daher die Erarbeitung tragfähiger, friedlicher Konzepte auf der Grundlage weiterer politischer Verhandlungen. Keinesfalls könnten bewaffneter Kampf und politische demokratische Prozesse Hand in Hand gehen.

1. Sitzung: Gaza Abzug Warum und Wie? Umstände und Voraussetzungen:

Dem israelischen Oppositionspolitiker **Dr. Yossi Beilin** bot die Konferenz die erste Gelegenheit, seine Überlegungen zum israelischen Abzug aus Gaza darzulegen. Er sah dabei den Hauptgrund der israelischen Regierung für die Durchsetzung des Gaza-Rückzuges darin, einen Ausweg aus dem „Roadmap- Dilemma“ zu finden. Die „Roadmap“ sei vom Likud von Beginn an als eine große Bedrohung wahrgenommen worden. Sharon habe dieses Konzept nie wirklich akzeptiert und sei durch die Annahme des Konzepts durch Arafat stark unter Druck geraten. Den Gazastreifen gänzlich aufzugeben schien dem israelischen MP der einzig mögliche Ausweg aus der Verpflichtung zur weiteren Umsetzung der festgefahrenen Roadmap. Beilin unterstellte dabei, dass der israelische MP am Rest der besetzten Gebiete in der Westbank festhalten wolle und den Abzug zu nutzen gedenke mit der Verhandlung einer langen Liste von Detailfragen der Weltöffentlichkeit einen Friedens- (Verhandlungs-) Prozess vorzutauschen. An die internationale Gemeinschaft appellierte Yossi Beilin daher, ihre Zeit nicht mit diesen Detailverhandlungen zu vergeuden, sondern weiter auf den Rückzug Israels aus immer noch besetzten Gebieten hinzuarbeiten. Er verwies nicht ohne Stolz darauf dass es

die von ihm geführte Yahad Partei gewesen sei, die dem Gaza-Abzugsplan im israelischen Parlament zur notwendigen Mehrheit verholfen habe. Der Verlauf des Abzuges aus Gaza sei dramatischer dargestellt worden, als er tatsächlich gewesen sei. Es kam nicht zu Blutvergießen oder extremer Gewaltanwendung. Dies zeige nicht zuletzt, dass auch ein Rückzug aus der Westbank für die Zukunft nicht völlig undenkbar sei. Die Siedlerbewegung sei also bei dem Versuch gescheitert, die Räumung Gazas als nationales Trauma zu inszenieren. Die von manchen befürchteten Auseinandersetzungen unter Juden seien ausgeblieben. Dagegen stelle sich jetzt auf palästinensischer Seite die Frage, wer diese Räumung erreicht hat. Hier erlaubte es der Umstand, dass der Abzug nicht auf dem Verhandlungswege und ohne palästinensische Gegenleistung zustande gekommen ist, der Hamas diesen Abzug als Rückzug und damit – ähnlich den Ereignissen im Zusammenhang mit dem Abzug aus dem Süd-Libanon als militärische Niederlage der Besatzungstruppen darzustellen. Den Gazastreifen zu „befreien“ ohne dafür etwas gegeben zu haben, sei exakt das, was sich die Hamas gewünscht habe. Der israelische Unilateralismus habe der Hamas dadurch gewissermaßen politisch in die Hände gespielt. Im Umkehrschluss bedeute dies, so Beilin, eine Schwächung der PA, da deren Unfähigkeit, den Israelis auf dem Verhandlungswege Zugeständnisse abzurufen nun offensichtlich geworden sei. Dies diskreditiert das Instrument: Verhandlungen als Weg zur Konfliktresolution, weshalb es jetzt darum gehen wird, die palästinensischen Sicherheitskräfte über den Weg einer Vereinigung zu stärken, so dass sie die bewaffnete Miliz der Hamas, deren militärisches Prestige gestiegen ist, auch weiterhin Paroli bieten können. Auf regionaler und internationaler Ebene seien die Auswirkungen der Gaza-Räumung größer gewesen als erwartet. Als ideologisches und politisches Erdbeben bezeichnete Dr. Beilin den Abzug. Lange Zeit sei Sharon in Israel und der Welt als Pariah angesehen worden und plötzlich sei er zum Friedenshelden geworden. Der israelische MP Sharon habe den Gazastreifen aber nur loswerden wollen, um mehr vom Westjordanland behalten zu können. Diese Haltung könne auch eine Verschlechterung der gesamten Situation nach sich ziehen. Ein Schock-Ereignis wie der Gaza-Abzug führe nicht zwangsläufig auch zu einer positiven politischen Entwicklung. Dass der Gaza-Abzug als Vorbild für das Westjordanland dienen könne, hielt Dr. Beilin dagegen für höchst unwahrscheinlich, ein vollständiger Abzug aus dem Westjordanland werde deshalb nicht stattfinden. Allerdings werde der Gazaabzug Auswirkungen auf das Westjordanland haben, Eifersucht werde unter den Palästinensern des Westjordanlandes nicht ausbleiben und Ihre Frustrationen erhöhen. Es sei dort deshalb mit mehr Anschlägen zu rechnen. Es sei davon auszugehen, so Beilin abschließend, dass vor den auf beiden Seiten anstehenden Wahlen keine weiteren politischen Schritte unternommen werden. Erst danach werde sich zeigen, in welche Richtung die weitere politische Entwicklung geht. Mit einem wieder gewählten MP Sharon werde es keinen Frieden mit den Palästinensern geben, da er nicht bereit sei, den Preis des Friedens, d.h. einen Rückzug bis auf die Grenzen von 1967, zu bezahlen. Hoffnung könne nur daraus erwachsen, dass Sharon gezeigt habe, dass er seine Meinung ändern kann. Dies könne auch noch ein zweites Mal passieren. Eine Friedenslösung sei auf der Grundlage der Genfer Parameter möglich, diese bedürfen jedoch Verhandlungen zwischen Israel und der PA und keine weiteren unilateralen Schritte Israels. Unilateralismus wie im Falle Gazas sei langfristig keine Lösung. Allerdings habe Sharon bereits zugestanden, dass Gaza der erste und letzte unilaterale Schritt seiner Regierung gewesen sei. Sharon wolle sich aber auf Verhandlungen mit der PA nur einlassen, wenn er dort einen verlässlichen Partner erkennen würde. Auch behauptet er über ein Konzept für eine Friedensregelung mit der PA zu verfügen. Momentan gebe es aber eben keinen starken und verlässlichen palästinensischen Partner. Den neuen palästinensischen Präsidenten Abu-Mazen halte Sharon (noch) für zu schwach um die militanten Gruppen zu entwaffnen und einen dauerhaften Frieden zu garantieren. Deshalb werden sich wohl erst nach den zu erwartenden (vorgezogenen) Wahlen in Palästina und Israel neue Chancen für Verhandlungen eröffnen. Bis zu den Wahlen sei deshalb politischer Stillstand zu erwarten. Danach sei aber ein erneuter israelischer Unilateralismus sehr viel unwahrscheinlicher als die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Vielleicht wird es dann in der ersten Hälfte des Jahres 2006 tatsächlich doch noch zu ernsthaften Friedengesprächen kommen.

Einführend wies **Dr. Hanna Siniora** darauf hin, dass Gaza nicht der einzige Ort in der Region sei, wo sich entscheidende politische Entwicklungen abspielten. Die jüngsten Entwicklungen in Ägypten, im Libanon und auch anderswo in der Region erscheinen vielen genauso wichtig wenn nicht sogar wichtiger als der israelische Abzug aus Gaza. Dabei bleibe richtig, dass der israelische Abzug aus Gaza anders zustande gekommen und verlaufen sei, als viele erwartet hätten. Zwar sei sehr lange über Gaza und Jericho, später über Gaza zuerst verhandelt worden, schließlich sei es nun jedoch zu einem unilateralen Vorgehen gekommen. Wichtig sei es ihm hervorzuheben, dass der Abzug noch keineswegs vorüber sei und dass die Herausforderung jetzt darin bestehe, die innenpolitische und die

ökonomische Situation im Gazastreifen zu verbessern. Dies liege, so Siniora, auch bzw. in erster Linie in der Verantwortung Israels. Er bedauere, dass die israelische Führung immer wieder betone es gäbe auf der anderen Seite weder einen verlässlichen Partner, noch konstruktive Lösungsvorschläge. Als Beispiel dafür, dass es von arabischer Seite durchaus schon ernstzunehmende Initiativen gegeben habe, führte Siniora den Abdallah-Plan des neuen Königs von Saudi-Arabien an. Dieser biete die völkerrechtlich Anerkennung Israels für den Fall an, dass sich Israel aus sämtlichen besetzten Gebieten zurückzöge. Sharon habe es bisher nicht für notwendig erachtet, auf diesen Vorschlag zu reagieren.

Was die Beweggründe Sharons für den Gaza-Rückzug angeht, so stimmte Dr. Siniora mit Dr. Beilin überein. Gaza sei nur aufgegeben worden, um auch Teile des Westjordanlandes langfristig behalten zu können. Seine Zukunftsperspektive für Israel war nicht gerade optimistisch. Er befürchtet, dass Israel im Laufe der nächsten zwanzig Jahre das frühere südafrikanische Apartheid-System kopieren wolle, schon jetzt vollzöge man eine Zersplitterung der palästinensischen Gebiete in der Westbank, die im Ergebnis zu „Bantustans“ führen werden. Es gelte jetzt zunächst die Wahlen abzuwarten. Vor allem auf palästinensischer Seite messe man den Wahlen große Bedeutung zu, mit ihnen werde auch maßgeblich über die zukünftige politische Entwicklung entschieden. Bei den Wahlen werde sich das tatsächliche Gewicht der verschiedenen palästinensischen Gruppen zeigen. Entscheidend sei dabei vor allem, welche Rolle die Hamas in Zukunft spielen wird. Vorstellbar sei etwa eine Einbeziehung der Hamas in den politischen Prozess, ähnlich wie dies im Libanon mit der Hisbollah geschehen sei. Ebenso wichtig sei die Stärkung Abu-Mazens, der bisher seiner Führungsrolle in Fatah und PA noch nicht gerecht geworden sei. Dieser fühle sich in die politische Arena geworfen, obwohl er eigentlich viel lieber weiterhin eine wichtige Rolle hinter den Kulissen gespielt hätte. Er habe allerdings in jüngster Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten demonstrieren können, dass er angefangen hat in diese Führungsrolle hineinzuwachsen. Abu-Mazen arbeite weiter an seiner Glaubwürdigkeit und habe immerhin schon bewiesen, dass er in der Lage war (mit Hilfe der Ägypter) eine Waffenruhe zwischen den palästinensischen Milizen herbeizuführen und einzuhalten. Insgesamt betrachtet dürfe man, so Siniora, deshalb jedoch noch nicht in Euphorie verfallen. Vielmehr müsse es jetzt darum gehen, im Gazastreifen dem Privatsektor und nicht der Autonomiebehörde eine größere Rolle bei der wirtschaftlichen Gesundung zu übertragen. Es gelte vor allem wirtschaftlich und politisch unabhängiger von Israel zu werden. Dazu sei eine enge Zusammenarbeit mit den arabischen Nachbarländern unerlässlich. Vor allem Ägypten sei im Hinblick auf die Nutzung von Infrastruktur ein wichtiger Partner. Möglich wäre es beispielsweise, in einer Übergangsphase zum Aufbau der palästinensischen Wirtschaft, den Hafen und Flughafen im ägyptischen El-Ariish zu nutzen. Auch Umwelt- und Energiefragen müssten mit den arabischen Nachbarn wie auch mit Israel diskutiert werden. Hier ginge es um die Gewährleistung von Wasser- und Stromversorgung, wie um die Lösung von Energie- und Umweltfragen, die alle für die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft von zentraler Bedeutung seien.

Im Gegensatz zu Dr. Beilin forderte **Dr. Gershon Baskin**, in seinem Beitrag die Verhandlung aller Detailfragen, die sich jetzt im Gazastreifen stellen. Wichtig sei es jetzt für beide Seiten, dass der Abzug aus dem Gazastreifen ein Erfolg werde und dazu sei die Auseinandersetzung mit Detailproblemen unerlässlich. Es seien bereits vielfältige Verhandlungen im Gange, besonders müsse die wirtschaftliche Situation und die Infrastruktur in Gaza (Wiederaufbau von Hafen und Flughafen) verbessert werden.

Mit einer positiven Entwicklung in Gaza wäre wohl auch eine Wiederwahl Sharons als Premierminister verbunden. Auch er sei der Auffassung, dass sich Sharon mit dem Gaza-Abzug gewandelt habe. Er sei ein anderer Sharon als vor dem Abzug. Je länger allerdings mit der Schaffung eines palästinensischen Staates gewartet werde, desto schwieriger gestalte sich dessen tatsächliche Verwirklichung. Es gelte daher möglichst bald auszuloten, wie eine palästinensische Staatlichkeit erreicht werden könne. Das wichtigste sei es, mit einem palästinensischen Staat Fakten zu schaffen. Weltweit gebe es 104 Staaten, die Palästina bereits als Staat anerkennen, obwohl tatsächliche Staatlichkeit noch gar nicht existiere und auch in einem von Israel geräumten Gazastreifen vorläufig nicht existieren werde. Palästina müsse möglichst bald staatliche Souveränität erlangen, sollte darüber hinaus Mitglied der UN und von Israel anerkannt werden. Baskin betonte, dass er, im Gegensatz zu seinen beiden Vorrednern, bereits vor (vorgezogenen) Wahlen Spielraum für weitergehende Verhandlungen sehe. Bezug nehmend auf das von Dr. Beilin angesprochene Konzept Sharons betonte Dr. Baskin, dass Sharon tatsächlich eine Vision habe. Diese Vision sei der Sicherheitszaun, der das Westjordanland vom israelischen Kernland abtrennen soll. Zwar beschneide der Sicherheitszaun das Westjordanland um

etwa neun Prozent seines Territoriums, es gelte aber festzuhalten, dass gemäß dieser Vision der Grossteil des Westjordanlandes, nämlich mindestens achtzig Prozent einem palästinensischen Staat zur Verfügung stehen würde. Der Abzug aus weiteren Teilen des Westjordanlandes und die Übergabe der Kontrolle darüber an die PA müsse also und werde daher der nächste politische Schritt sein. Ein solcher Abzug müsse diesmal allerdings auf dem Verhandlungswege erzielt werden. Der Likud sei momentan jedoch dabei, sich über diese Frage zu entzweien, was gefährlich werden und Sharon das Amt kosten könnte, aber auch Sharon werde schließlich einsehen müssen, dass jeder weitere Unilateralismus nur ein zusätzlicher Gewinn für die Hamas wäre. Dagegen bleibt Jerusalem nach Ansicht von Dr. Baskin der Schlüssel zur Lösung des Konflikts. Der Druck auf Jerusalem wachse mit jedem Tag durch die dort immer wieder neu geschaffenen Realitäten. Jerusalem sei heute eine sehr hässliche Stadt. Im Falle einer erneuten gewalttätigen Eskalation des Konfliktes, werde Jerusalem auf jeden Fall das Zentrum dieser Eskalation sein. Man komme daher nicht umhin, innerhalb Jerusalems auf beiden Seiten der Konfliktlinie zusammenzuarbeiten.

Die wichtigsten Themen der sich an die drei einleitenden Vorträge anschließenden Diskussionsrunde waren der Nutzen des israelischen Unilateralismus, sowie die Faktoren, die auf israelischer Seite die Entscheidung zum Abzug aus Gaza bewirkt hatten.

Prof. Galia Golan gab zu bedenken, dass ein tiefgreifender Wandel der öffentlichen Meinung in Israel maßgeblich zum Abzug beigetragen habe. Eine Zwei-Staaten-Lösung gelte bei der Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit inzwischen als salonfähig, was vor einiger Zeit noch völlig undenkbar gewesen sei. Auch sei der Gaza-Abzug als Präzedenzfall keineswegs zu unterschätzen, weil dadurch weitere unilaterale israelische Schritte denkbar würden. Vermisst habe sie in den bisherigen drei Beiträgen die detaillierte Betrachtung der Rolle eines möglichen dritten Partners, wie beispielsweise Ägyptens als weiterer an den Gazastreifen angrenzender Staat.

Dr. Mohammed Dajani bewertet es als positiv, dass Ariel Sharon, infolge des Gaza-Abzuges jetzt als Mann des Friedens wahrgenommen werde.

Yossi Alpher betonte in seinem Diskussionsbeitrag, dass der Gaza-Rückzug tatsächlich ein Präzedenzfall für den Unilateralismus gewesen sei. Mit dem israelischen Unilateralismus gehe eine faszinierende Dynamik einher, die als realistische Möglichkeit zum Frieden aufzufassen sei. Israelisches unilaterales Handeln sei dadurch salonfähig geworden. Im Gegensatz zu Dr. Baskin halte er Unilateralismus als dritten Weg also durchaus für denkbar. Mit Blick auf die Bedeutung der Diskussion von Detailfragen stimmte Yossi Alpher der Ansicht von Dr. Baskin zu, der Dr. Beilins Aufruf, keine Zeit mit der Diskussion von Details zu vergeuden, entschieden widersprochen hatte. Da schon mehrfach erwähnt worden sei, dass der Gaza-Abzug sowohl eine erfolgreiche Entwicklung nehmen könne, gleichwohl aber auch die Möglichkeit des Misserfolges bestehe, warf Yossi Alpher die Frage auf, wie denn Erfolg oder Misserfolg gemessen werden könne. Seiner Ansicht nach geriete der Gaza-Abzug lediglich dann zum Misserfolg, wenn Israel den Gazastreifen aus welchen Gründen auch immer wiederbesetzen würde bzw. müsste. Als wichtigen Punkt, der die Entscheidung zum Abzug beeinflusst habe, ergänzte Yossi Alpher den demographischen Faktor. Israel habe sich einer bedrohlich wachsenden Mehrheit arabisch-palästinensischer Bevölkerungsanteile gegenüber gesehen und mit dem Abzug aus dem Gazastreifen diesem Trend vorläufig ein Ende gesetzt.

Dr. Martin Beck sieht dagegen in dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen keineswegs einen Rückschlag für die Siedlerbewegung. Vielmehr sei es den Siedlern seiner Meinung nach doch gelungen, den Abzug als nationales Trauma zu inszenieren, und sich so als Opfer darzustellen. Tatsächlich habe die Siedlerbewegung in der öffentlichen Wahrnehmung an Ansehen und Einfluss gewonnen, weshalb sie den Gaza-Abzug insgesamt als Erfolg verbuchen können. Mit Blick auf die verschiedentlich geforderte Rolle einer dritten Partei verwies Dr. Beck darauf, dass die Beteiligung Ägyptens von den Palästinensern nicht ernsthaft gewünscht werde, da diese sich in der Vergangenheit nicht immer als Freunde der Palästinenser gezeigt hätten. In Israel existiere daher die Meinung, dass der Tag kommen werde, an dem sich die Palästinenser an die Zeit der israelischen Besatzung zurücksehnen werden, da sie unter den Ägyptern dann noch mehr leiden als in der Vergangenheit unter den Israelis.

Die Umstände unter denen der Abzug aus Gaza konzipiert worden sei, so glaubte **Dr. Khalil Shikaki**, seien völlig andere gewesen als die, unter denen der Abzug jetzt tatsächlich stattfindet. Daraus ließen

sich auch die hauptsächlichen Probleme ableiten. Es gebe aber auch positive Entwicklungen, beispielsweise scheine auch mit der Hamas plötzlich eine Zwei-Staaten-Lösung denkbar, nachdem diese jahrelang einen israelischen Rückzug nur auf die Grenzen von vor 1967 als völlig unakzeptabel abgelehnt und das Existenzrecht Israels weiterhin grundsätzlich in Frage gestellt hätte. Von israelischer Seite sei der Abzug das Eingeständnis einer Niederlage. Sharon und der politischen Rechten werde zunehmend bewusst, dass sie mit ihrer Siedlungspolitik vollständig gescheitert sind.

Prof. David Newman hob in seinem Diskussionsbeitrag hervor, dass die Verankerung des Widerstandes gegen den Abzug in der israelischen Bevölkerung nicht überbewertet werden solle. Der Widerstand sei von Medien und Politikern weitaus umfänglicher dargestellt worden als dieser tatsächlich gewesen sei. Der Verlauf des Abzuges habe sich viel reibungsloser gestaltet, als erwartet. Schon in einigen Wochen werde der Gaza-Abzug aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden sein.

Dr. Yossi Beilin hob in seiner kurzen, die Diskussion abschließende Stellungnahme noch einmal seinen vorsichtigen Optimismus im Hinblick auf die Wandlungsfähigkeit Sharons hervor. Sharon habe zwar öffentlich betont, dass er keinen Quadratzentimeter der Westbank räumen werde, es bestehe aber durchaus die Möglichkeit, dass er wie schon in der Vergangenheit seine Meinung ändern werde. Sharon halte bisher auch an der Bedingung der Entwaffnung der militanten palästinensischen Gruppen fest, die aber keinesfalls zu erwarten sei, da die PA dafür viel zu schwach sei. Unter dieser Bedingung und den aktuell gegebenen Umständen werde es tatsächlich keine weitere positive politische Entwicklung geben. Daher dürfe der israelische Unilateralismus als Option nicht völlig ausgeschlossen werden. Unilateralismus sei keineswegs ein Widerspruch zu Frieden, allerdings mangle es ihm an Popularität in der israelischen öffentlichen Meinung. Wenn sich allerdings auf palästinensischer Seite kein Partner für Verhandlungen finde, sei unilaterales Handeln immerhin besser als nichts. Zwar dürfe Unilateralismus nicht das angestrebte Ziel sein, er dürfe aber auch genauso wenig als Option völlig ausgeschlossen werden. Die Ansicht von Dr. Beck, dass der Abzug einen Sieg für die Siedlerbewegung darstelle, teilt Dr. Beilin nicht, wie er abschließend anführte. Die Siedler seien fest davon überzeugt gewesen, dass mit Gottes Hilfe kein Abzug stattfinden werde, dies habe sich aber nicht bewahrheitet, weshalb der Abzug als Rückschlag und Niederlage für die Siedlerbewegung gewertet werden müsse.

2. Sitzung: Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Abzuges:

Zu Beginn der zweiten Sitzung, die sich auf die ökonomischen Herausforderungen des Gaza-Abzuges konzentrieren sollte, beschrieb **Dr. Mohammed Dajani** die ökonomischen und sozialen Herausforderungen im von den Israelis zurückgelassenen Gazastreifen. Er stellte die hohe Arbeitslosigkeit im Gazastreifen heraus gefolgt von der desolaten Infrastruktursituation, die hohe Bevölkerungsdichte und die auch nach dem Abzug der Siedler das tägliche Leben weiterhin bestimmende Einschränkung der Mobilität. Diese Faktoren nachhaltig zu verändern und so die Lebenssituation der 1,3 Millionen Palästinenser spürbar zu verbessern, müsse als besondere Herausforderung gelten.

Dr. David Brodet unterstrich in seinem Referat, dass er die wirtschaftlichen Aspekte für die entscheidenden, jetzt zu verhandelnden Punkte halte. Vor allem müsse man sich auch auf palästinensischer Seite mit Detailfragen auseinandersetzen, um möglichst bald die wirtschaftlichen Früchte des Gaza-Abzuges ernten zu können. Insbesondere während der letzten sechs bis neun Monate habe sich die wirtschaftliche Situation infolge der Intifada dramatisch verschlechtert. In seinem Vortrag wolle er sich auf die acht wichtigsten Punkte konzentrieren, die er für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung im Gazastreifen für bedeutend erachte. Der erste Problemkomplex stehe im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Zollsituation. Der Güterverkehr zwischen dem Gazastreifen und Israel müsse erleichtert werden, wie auch der zwischen dem Gazastreifen und Ägypten. Als Fernziel sei an eine Zollunion zu denken. Zu verhandeln gebe es zudem den Wiederaufbau von Hafen und Flughafen, sowie den Status des Grenzüberganges Rafah, um den Palästinensern möglichst bald ein von Israel unabhängiges ökonomisches Agieren zu ermöglichen. Zweitens gelte es, die praktischen Abläufe an den Übergangs- und Kontrollpunkten zu vereinfachen. Hierzu sei es in erster Linie notwendig, technische Mittel wie Scanner bereitzustellen, um die Abfertigung zu vereinfachen. In der

finanziellen Verantwortung hierfür seien vor allem Israel und die USA. Mit Hilfe technischer Neuerungen könne so die ökonomische Situation erheblich verbessert werden. Ein dritter entscheidender Punkt sei die Schaffung einer unkomplizierten Verbindung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland in Form eines Korridors, d.h. einer Eisenbahntrasse oder einer Hoch- oder Tiefstrasse. Als wichtig für die Entwicklung der Wirtschaft im Gazastreifen erachte er viertens die Übernahme der Gewächshäuser aus den israelischen Siedlungen durch die Palästinenser. Durch die Weiterführung der dort bisher schon stattgefundenen landwirtschaftlichen Produktion könnten bis zu viertausend Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dafür bleibe aber der Zugang zu einem Hafen oder Flughafen wichtig, um die landwirtschaftlichen Produkte auch exportieren zu können. Eine umfassendere Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für Palästinenser in Israel nannte Dr. Brodet als fünften wesentlichen Punkt. Dies sei ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der sechste Punkt betreffe die Industrie-Zone in Erez, die von den Israelis verlassen worden sei und die in Zukunft ebenfalls von den Palästinensern übernommen werden könnte. Nach dem israelischen Abzug seien die bisher dort beschäftigten Palästinenser arbeitslos geworden. Durch eine Wiederaufnahme der Produktion, vor allem in der Textilindustrie, könnte der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt und die wirtschaftliche Situation im Gazastreifen verbessert werden. Die Ausweitung des Fischfangs in den Küstengewässern nannte Dr. Brodet als siebten Punkt seiner Liste. Der Fischfang sei während der letzten fünf Jahre von den Israelis aus Sicherheitsgründen erheblich eingeschränkt worden. Eine Lockerung dieser Restriktionen könne wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Achters schließlich sei es entscheidend, die internationalen Hilfeleistungen für die Palästinenser im Gazastreifen zu forcieren. Damit könnten schnell einige beispielhafte Projekte umgesetzt werden, um sichtbare Fortschritte zu erzielen und so die Attraktivität für Investoren zu erhöhen. Vor allem aber müsse zuerst die Infrastruktur wiederaufgebaut, die Arbeitslosigkeit reduziert und die soziale Situation nachhaltig verbessert werden. Trotz all dieser Probleme gilt es jetzt alles Mögliche zu tun, damit der wirtschaftliche Erholungsprozess einsetzen könne.

Frau Katharina Lack, Mitarbeiterin des Büros des Sondergesandten für den Gaza-Abzug in Jerusalem, skizzierte in ihrem Vortrag die Hauptarbeitsbereiche des Sondergesandten James D. Wolfensohn. Einführend verwies sie auf die ihrer Ansicht nach besondere Verantwortung internationaler Geberinstitutionen gegenüber den Palästinensern, da diese tatsächlich in der Lage seien etwas zu bewirken. Die palästinensische Seite hege zudem hohe Erwartungen gegenüber diesen internationalen Akteuren und dürfe nicht enttäuscht werden. Die Wirtschaft sei ein bestimmender Faktor menschlichen Lebens. In Palästina liege die Wirtschaft nach fünf Jahren Intifada am Boden, weshalb eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung oberste Priorität habe. Das Büro des Sondergesandten betätige sich daher auf sechs vorrangigen Handlungsfeldern. Erstens sei es wichtig, die Situation an den Grenzübergängen zwischen dem Gazastreifen und Israel, wie auch zwischen dem Gazastreifen und Ägypten zu verbessern. Dies betreffe vor allem die Modernisierung und Vereinfachung der alltäglichen praktischen Abläufe, die Bekämpfung damit verbundener Korruption, sowie die Vereinfachung der Grenzabfertigung mithilfe technischer Mittel. Als zweites Handlungsfeld nannte Frau Lack den Transit zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland, der kurzfristig durch die Vereinfachung des Güterverkehrs, beispielsweise mithilfe eskortierter Konvois, langfristig durch den Bau einer wie auch immer gearteten Verbindungstrasse vereinfacht werden könne. Dritter Punkt sei die Verbesserung der Mobilitätssituation innerhalb des Gazastreifens und des Westjordanlandes. Checkpoints sollten abgebaut und Hauptverbindungsstrassen ausgebaut werden. Mobilität sei ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor betonte Frau Lack. Viertens gelte es möglichst bald Hafen und Flughafen im Gazastreifen wiederaufzubauen, wobei Israel zum Hafenneubau bereits Zustimmung signalisiert habe. Als fünfter Punkt stelle sich die Frage, was mit der verbliebenen Siedlungsinfrastruktur geschehen solle und sechstens schließlich, wie die Gewächshäuser der Siedlungen möglichst schnell von den Palästinensern zur landwirtschaftlichen Produktion genutzt werden können. Neben den sechs hauptsächlichen Handlungsfeldern habe der Sondergesandte Wolfensohn drei weitere mittelfristige Arbeitsbereiche identifiziert. An erster Stelle stehe dort der Abbau des palästinensischen Haushaltsdefizits mit internationaler Unterstützung. Weiterhin gelte es den von der internationalen Gemeinschaft entwickelten Drei-Jahres-Plan für palästinensische Entwicklung konsequent weiter zu verfolgen. Und drittens müssten kurzfristig Wirtschaftsförderungs- und Infrastrukturprojekte in Gang gesetzt werden, um möglichst bald sichtbare Erfolge zu erzielen.

Nachdem **Dr. Mohammed Dajani** zu Beginn der Diskussionsrunde betont hatte, dass sich die zukünftige Entwicklung im Gazastreifen maßgeblich an der Frage entscheiden werde, ob es im Gazastreifen zu einer Erholung der palästinensischen Wirtschaft komme, oder ob sich dieser eher zu einem Freiluft-Gefängnis entwickle, verwies **Dr. Khalil Shikaki** in seiner Einlassung auf drei maßgebliche Befürchtungen der Palästinenser, die diese im Zusammenhang mit dem Gaza-Abzug und in Bezug auf die wirtschaftliche Situation hegten. Erstens werde befürchtet, dass infolge wirtschaftlicher Entwicklung im Gazastreifen eine erhebliche Einkommensdisparität zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen entstehen könnte. Dem könne unter Umständen durch die Einführung einer eigenen palästinensischen Währung entgegengewirkt werden. Zweitens sei das Niveau des Kapitalaufkommens im Gazastreifen sehr niedrig, wobei befürchtet wird, dass dieses Niveau infolge des israelischen Abzuges noch zusätzlich sinken könnte. Schließlich gelte drittens als fragwürdig, ob in absehbarer Zukunft eine effiziente wirtschaftliche Vernetzung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland etabliert werden könne. Die von den beiden Referenten genannten Maßnahmen könnten geeignet sein, das Eintreten dieser Befürchtungen zu verhindern. Wichtig sei es aber, hier noch einmal zu betonen, dass es hauptsächlich in den Verantwortungsbereich Israels falle, die wirtschaftliche Situation im Gazastreifen zu verbessern und Israel keinesfalls davon ausgehen dürfe, es sei nun nicht mehr für die Lebenssituation der Palästinenser im Gazastreifen verantwortlich. Vor allem die Sicherstellung der andauernden Versorgung des Gazastreifens mit Wasser und Elektrizität durch Israel seien dabei entscheidende Punkte.

Prof. David Newman betonte in einem kurzen Einwurf, dass sich aus palästinensischer Sicht ökonomische Entwicklung im Gazastreifen in zwei hauptsächlichen Bereichen abspielen müsse. Diese seien Wiederaufbau und Verbesserung der Infrastruktursituation einerseits, sowie die wirtschaftliche Nutzung von Küste und Küstengewässer andererseits.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft sei vor allem in Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung im Gazastreifen hervorzuheben, so **Ashraf Zeitoon** in seinem Diskussionsbeitrag. Vor allem die arabischen Staaten stünden gegenüber den Palästinensern in der Verantwortung. Allerdings scheuten sich die arabischen Staaten noch immer mit der PA zusammenzuarbeiten, da deren fragile Struktur, wie auch die Gesamtsituation in den palästinensischen Gebieten einen sehr großen Unsicherheitsfaktor darstelle. Es gelte deshalb mehr Sicherheiten für potentielle Investoren zu schaffen.

Dr. Hanna Siniora merkte daran anknüpfend an, dass potentielle Investoren verständlicherweise vor allem von der instabilen Sicherheitslage abgeschreckt würden und er sich auch nicht vorstellen könne, welche Garantien man Investoren auf absehbare Zeit geben könne. Außerdem verwies er auf die Möglichkeit, dass die Palästinenser übergangsweise den ägyptischen Hafen El-Ariish nutzen könnten.

Dr. Gershon Baskin schlug in seinem Beitrag vor, dass man auch zu einer Privatisierung der Abwicklung im Grenzverkehr übergehen könne. Dies garantiere größere Wirtschaftlichkeit im Management und führe so zu mehr Effizienz. Geklärt werden müsse noch die Frage, wer die von beiden Referenten angesprochene technische Ausstattung für die Grenzübergänge zur Verfügung stellen bzw. finanzieren soll. Außerdem stelle sich die Frage, was nach dem 31. Dezember passieren werde, da die Mission des Sondergesandten bis zu diesem Datum befristet sei.

Dr. David Brodet beantwortete die Frage nach der Energieversorgung dahingehend, dass sich die Palästinenser in Zukunft frei entscheiden könnten, woher sie ihren Strom und ihr Wasser beziehen wollten. Von israelischer Seite sei die Versorgung sichergestellt, die PA könne sich aber genauso gut dafür entscheiden, den Strom für den Gazastreifen beispielsweise aus Ägypten zu beziehen. In der Einführung einer eigenen palästinensischen Währung sehe er jedoch keine effektive Möglichkeit zur Stärkung der palästinensischen Wirtschaft. Der weltweite Trend gehe vielmehr in Richtung Vereinheitlichung von Währungen, die Einführung einer neuen Währung sei daher wenig ratsam. In Bezug auf die Verbindung zwischen Gazastreifen und Westjordanland sei er der Meinung, dass diese schnell und unkompliziert verwirklicht werden sollte. Es handele sich schließlich nur um eine Strecke von etwa zehn Kilometern, so dass Geld hier kaum das Problem sein dürfte. Den Vorschlag von Dr. Siniora, übergangsweise den Hafen von El-Ariish zu nutzen, wies Dr. Brodet als ineffizient zurück. Eine solche Lösung sei unwirtschaftlich, da die dabei entstehenden Kosten in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stünden.

Die Diskussionsrunde wurde durch eine kurze Stellungnahme von **Frau Katharina Lack** zu den zuvor genannten Streitpunkten abgeschlossen. Die Finanzierung der Gewächshäuser sei bereits durch private Investoren gesichert, so dass etwa viertausend Arbeitsplätze entstehen könnten. In Bezug auf die Verbesserung der Sicherheitslage und die Schaffung von Garantien für Investoren könne kurzfristig nur wenig getan werden. Im Bereich der Vereinfachung des Grenzverkehrs seien vor allem von den USA bereits maßgebliche Initiativen gestartet worden, weshalb es bald zu sichtbaren Fortschritten kommen werde. Weiterhin merkte Frau Lack an, dass zwar die Wasserversorgung durch Israel sichergestellt werde, die Palästinenser aber einen sehr viel höheren Preis dafür bezahlten als zuvor die israelischen Siedler. Abschließend betonte sie, dass sie sehr zuversichtlich sei, dass sowohl die PA wie auch der privater Sektor in Palästina bis zum Ende der Mission des Sondergesandten die Palästinenser in die Lage versetzten werden, selbständig zu werden.

3. Sitzung: Sicherheitskooperation und regionale Entwicklung:

Der dritte Sitzungsabschnitt wurde durch den vorgezogenen, eigentlich für den Folgetag geplanten Vortrag von **Dr. Ghassan Al-Attiyah** über die Situation im Irak und die Auswirkungen des Gaza-Abzuges darauf eingeleitet. Es sei seiner Meinung nach noch zu früh, um zu entscheiden, ob es sich beim Gaza-Abzug um einen Erfolg handelt oder nicht. Der Abzug sei schließlich noch in vollem Gange Unbestreitbar sei allerdings, dass der Abzug Auswirkungen auf die gesamte Region entfalte. Den vom Titel der Konferenz suggerierten „*Wind of Change*“ könne er selbst anhand des Beispiels des Gaza-Abzuges nicht nachvollziehen. Der Gaza-Abzug sei lediglich erfolgt, um eine umfassendere Lösung vermeiden zu können. Auf sein eigenes Land, den Irak, habe der israelische Abzug aus dem Gazastreifen so gut wie keine Auswirkungen. Er wolle im Folgenden daher lediglich kurz einige Parallelen ziehen, zwischen möglichen Entwicklungen im Irak und in Israel/Palästina. Die Situation in seinem eigenen Land, wie auch in den von Israel besetzt gehaltenen Palästinensergebieten, beschreibt er als desaströs. Vor allem die fehlgeleitete *Demokratisierungspolitik* der USA habe zu einer dramatischen Verschlechterung der Lage in der gesamten Region geführt. Statt Pluralismus und Demokratie, habe die amerikanische Interventionspolitik militanten und radikalen Kräften zum Durchbruch verholfen, dies sei im Irak in besonderer Weise zu beobachten. Aber auch die Stärkung der Hisbollah im Libanon und die der Hamas infolge des israelischen Gaza-Abzuges resultierten aus dieser fehlgeleiteten Politik. Letztendlich werde die amerikanische Politik zu einer Zersplitterung der gesamten Region führen. Gerade im Irak, der aufgrund der Heterogenität seiner Bevölkerung und seiner geographischen Lage auf einem Schnittpunkt verschiedener Kulturen, als Sonderfall innerhalb der arabischen Welt gelten könne, seien diejenigen Kräfte gestärkt worden, die eine Teilung des Landes befürworteten. Für den israelisch-palästinensischen Konflikt sei die Zwei-Staaten Lösung eine mögliche Alternative, denn in zunehmendem Maße schienen beide Konfliktparteien diese Lösung für akzeptabel zu halten. Diese sei gerade durch den wichtigen Schritt des israelischen Abzuges aus dem Gazastreifen um einiges wahrscheinlicher geworden. Im Irak dagegen sei nicht absehbar, wie der eskalierende Konflikt zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelöst werden könne. Weder der Abzug der Amerikaner, noch die Teilung des Landes seien realistische Optionen. Es sei nicht möglich den Irak oder gar Bagdad zu teilen, nicht zuletzt im Hinblick auf natürliche Ressourcen wie Wasser. Die Amerikaner hofften anscheinend noch immer darauf, dass sich die Situation im Irak irgendwie von alleine kläre, würden darüber aber genau wie die mit ihnen verbündeten Israelis völlig verkennen, welche Risiken im Irak entstehen und welches regionale Desaster dort seinen Ursprung nehme. Langfristig könne nur die Etablierung einer demokratischen echten Föderation im Irak zu Stabilität führen, wobei es im Moment keine realistischen Ansatzpunkte dafür gebe.

Dr. Khalil Shikaki hob in seinem Vortrag heraus, dass sich infolge des Gaza-Abzuges vor allem eine Veränderung in der Wahrnehmung der Bedrohungslage durch die PA ereignet habe. Es gebe nunmehr drei maßgebliche Faktoren, die von der PA als Bedrohung wahrgenommen würden. Deren erster sei die anhaltende Gewalttätigkeit von Palästinensern gegenüber Israelis. Eine zweite maßgebliche Bedrohung stelle die Hamas dar, die den Gaza-Abzug geschickt als Sieg des bewaffneten Kampfes für sich verbuchen konnte. Der Gaza-Abzug könnte also dazu beitragen, dass die korrupten Strukturen der PA offensichtlich werden und der Hamas in Zukunft eine wichtigere Rolle im öffentlichen Sektor zukommt. Drittens schließlich sei es die Politik Israels die die PA bedrohe, vor allem die restriktive Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gegenüber den Palästinensern. Auch der von Israel gebaute

Sicherheitszaun stelle in diesem Zusammenhang eine Bedrohung für die PA dar. Aus den hier skizzierten Bedrohungsszenarien ließen sich nun die drei Hauptherausforderungen ableiten, denen sich die PA gegenübersehen. Zunächst gelte es, die palästinensischen Sicherheitskräfte einer umfassenden Reform zu unterziehen. Dies könnte sich allerdings schwierig gestalten, da Israel in diesem Bereich die Kooperation mit der Begründung verweigert, dass die von Israel zur Verfügung gestellte Sicherheitsinfrastruktur sowie Gerät in Zukunft auch gegen Israel selbst eingesetzt werden könnte. Zweitens müsse die Hamas in irgendeiner Weise in Sicherheitsinfrastruktur und politischen Prozess eingebunden werden, da sie als eigenständige Organisation als zu mächtige militante Opposition der PA gegenüberstehen würde. Eine Parlamentsmehrheit für die Fatah ist zwar auch bei den kommenden Wahlen zu erwarten (Dr. Shikaki rechnet mit etwa 45 Prozent), zu befürchten gilt es aber dennoch eine massive Stärkung der Hamas. Als dritte Herausforderung nannte Dr. Shikaki den Aufbau einer effektiven Sicherheitsinfrastruktur, was sich allerdings aus den genannten Gründen ebenfalls höchst problematisch gestalten werde. Um den Umgang mit allen drei Herausforderungen zu erleichtern, forderte Dr. Shikaki eine Reform der palästinensischen Verfassung. Weiterhin seien Verhandlungen mit Israel der Schlüssel zu jedem weiteren Erfolg. Deshalb sei auf palästinensischer Seite die Rückkehr zu einer Sicherheitspolitik erforderlich, die den Wiedereinstieg in Verhandlungen mit Israel ermögliche. Die Entwaffnung der islamistischen Milizen, vor allem der Hamas, werde auch nach den Wahlen nur gelingen, wenn auf israelischer Seite eine erkennbare Veränderung der Siedlungspolitik erfolge. Abschließend betonte Dr. Shikaki, dass auch nach dem Ende der Mission des Sondergesandten für den Gaza-Abzug die Probleme im Gazastreifen nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft verschwinden dürften. Die internationale Gemeinschaft müsse sich weiterhin ihrer Verantwortung gegenüber den Palästinenser bewusst bleiben.

Dr. Shaul Arieli stellte in seinem Vortrag die maßgeblichen Sicherheitsfaktoren nach dem Gaza-Abzug aus israelischer Sicht dar. Das vorrangige politische Ziel Israels sei es, seine endgültigen zukünftigen Grenzen festzulegen, auch unter der Voraussetzung, dass es auf palästinensischer Seite keinen verlässlichen Partner gebe. Dies müsse vor allem auf Grundlage von Sicherheitserwägungen und der Unterstützung der Siedlungen geschehen. Aus strategischer Sicht müsse demnach die folgende Zielsetzung anzustreben sein: Ein Ende des palästinensisch-israelischen Konfliktes durch eine politische Teilung des Territoriums und der Aufrechterhaltung von Kooperation über die Grenzen hinweg. Zunächst sei mithilfe internationalen und internen Drucks eine Festigung des Waffenstillstandes anzustreben. Danach könnten in einer zweiten Phase die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Kurzfristig seien in Bezug auf den Gazastreifen und das nördliche Westjordanland ganz spezifische Sicherheitsfragen zu bearbeiten und zu lösen. Im Falle des Gazastreifens seien dies die folgenden Punkte: Die Sicherung des Philadelphia-Korridors, die Verhinderung von grenzüberschreitendem Terrorismus und die Verhinderung von Mörser- und Raketenangriffen auf israelisches Territorium. Zudem müsse verhandelt werden über die vermehrte Zulassung palästinensischer Arbeitskräfte in Israel, die Vereinfachung des Güterverkehrs, eine Verbindung zwischen Gazastreifen und Westjordanland, sowie über den Wiederaufbau von Hafen und Flughafen. Im Bezug auf das nördliche Westjordanland müsse geklärt werden, ob ein vollständiger Abzug daraus erfolgen, oder ob es lediglich bei der Evakuierung von vier Siedlungen bleiben soll. Geklärt werden müssten darüber hinaus die Fragen der Kontrolle der Übergänge, der Sicherheit der verbleibenden Siedlungsenklaven, des zukünftigen Status der B- und C-Zonen, der Stationierung und der Mobilität palästinensischer Sicherheitskräfte, sowie schließlich die Frage des Sicherheitszaunes als ein Haupttreibungspunkt. Der bestimmende Problemfaktor sei hier die extreme Zersplitterung des gesamten Westjordanlandes. Auch nach der Fertigstellung des Sicherheitszaunes verblieben noch 58 Siedlungen östlich davon. Als beispielhaft dafür stellte Dr. Arieli die Situation in und um Jerusalem dar. Die Stadt sei extrem zersplittert und außerdem entstehe ein neuer Siedlungsgürtel um die Stadt. Die wichtigsten Bestandteile möglicher Sicherheitslösungen stellte Dr. Arieli anhand einer Auflistung detailliert dar. Im Wesentlichen ging es darum, wie die Kooperation zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften in Fragen von Zugang zu bestimmten Gebieten, Mobilität, Ausrüstung und Finanzierung geregelt werden könnte. Zudem wurden Aspekte der Unterstützung und Finanzierung durch die internationale Gemeinschaft aufgeführt. Im Einzelnen soll hier aus Platzgründen darauf jedoch nicht weiter eingegangen werden. Dies ist für das Verständnis des Gesamtzusammenhanges aufgrund des hohen Detaillierungsgrades von Dr. Arielis Ausführungen auch nicht zwingend notwendig.

Zur Überleitung in die Diskussion hob **Prof. David Newman** heraus, dass es sich bei Grenzen immer um soziale Konstrukte handele, und diese daher auch veränderbar seien. Die grüne Linie sei zu Anfang eine höchst umstrittene Grenze gewesen, heute werde sie zunehmend akzeptiert. Bei früheren Versuchen der Grenzfestlegung sei es immer darum gegangen, bei geringst möglichem Hinzugewinn von Land, möglichst viele der bestehenden Siedlungen behalten zu können. Heute gebe es zwei relevante Möglichkeiten der Grenzziehung, deren eine sei die Grüne Linie und die andere der Sicherheitszaun, durch den eine neue Realität geschaffen worden sei. Diese Realitäten müssten von beiden Seiten akzeptiert werden. Festzuhalten gelte es, dass Grenzen grundsätzlich neu gezogen werden können, dies sei ein möglicher Ansatz zur Konfliktlösung. Weiterhin hob Prof. Newman darauf ab, was aus dem Gaza-Abzug gelernt werden könne. Seiner Ansicht nach hätten die Siedler zwar die Schlacht verloren, aber insofern gewonnen, dass sie keine extreme Gewalt zum Widerstand angewandt hätten und sich dadurch in der Opferrolle hätten profilieren können. Dies stärke die Siedlerbewegung und erschwere mögliche zukünftige Räumungen besetzter Gebiete.

Im Weiteren drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frage, wie es gelingen könne die militanten Islamisten zu entwaffnen und sie unter Umständen in die palästinensische Sicherheitsinfrastruktur einzubinden. Als zweiter Punkt wurde die Frage nach den strategischen Zielen des Abzuges auf israelischer Seite diskutiert.

Frau Prof. Galia Golan bemerkte in ihrem Beitrag, dass es nicht nur den israelischen Unilateralismus zu kritisieren gelte, sondern dass darauf zu achten sei, wie dieser von den Palästinensern gesehen werde. Sie selbst habe den Eindruck, dass die Palästinenser langsam anfangen, den israelischen Unilateralismus zu mögen, da sie selbst Vorteile daraus ziehen könnten.

Der **libanesische Teilnehmer** merkte an, dass eine Reform der palästinensischen Sicherheitskräfte bisher nie ernsthaft angestrengt worden sei und es daher auch nur schwerlich gelingen werde, die militanten Gruppen zu entwaffnen, einzubinden oder zu kontrollieren.

Die Frage nach der Integration der Hamas wurde auch von **Yossi Alpher** aufgeworfen, außerdem stellte er an Dr. Shikaki gerichtet die Frage, wie dieser sich die Reform der palästinensischen Sicherheitskräfte vorstelle. Dr. Shikaki entgegnete, dass die Hamas nicht integriert werden solle, sondern entwaffnet und kontrolliert. Das Personal könne dann teilweise im öffentlichen Sektor eingesetzt werden. Yossi Alpher fragte sich zudem, ob der Abzug aus dem Gazastreifen überhaupt einer strategischen Zielsetzung folge, oder ob es so etwas wie einen Masterplan gar nicht gebe.

Dr. Mohammed Abdel Salaam beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen sich Ägypten im Zusammenhang mit dem Gaza-Abzug konfrontiert sehe, sowie mit der Kooperation in Sicherheitsfragen zwischen Israel und Ägypten. Der Gaza-Abzug habe für alle beteiligten Parteien, Israel, Palästina, wie auch deren Nachbarstaaten neue sicherheitspolitische Probleme geschaffen. Ägypten nehme dabei eine Sonderrolle ein, da es neben Israel als einziger direkter Nachbarstaat des Gazastreifens mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert sei. Diese seien im Wesentlichen die Instabilität der Sicherheitssituation, aus Ermangelung gültiger Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien, sowie eine Verlagerung des Konfliktes von einer gewalttätig-militärischen auf die sozioökonomische Ebene. Aus ägyptischer Sicht habe es einen erheblichen Wandel der Rolle des Landes innerhalb des israelisch-palästinensischen Konfliktes gegeben. Bereits seit dem Beginn des Friedensprozesses Anfang der neunziger Jahre, habe sich Ägypten zu einem „*Major Player*“ entwickelt, der im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern sowohl als Vermittler als auch als Partner beider Seiten agiere. Der israelische Abzug aus dem Gazastreifen berühre nun auch direkt Interessen nationaler Sicherheit Ägyptens, da der israelische Abzug aus dem Gazastreifen auch den Abzug von der ägyptischen Grenze zum Gazastreifen umfasse. Deshalb habe sich das Land an den Vereinbarungen über den Gaza-Abzug auf der Ebene von direkter Kooperation mit der israelischen Regierung beteiligt. Das Erzielen einer Vereinbarung sei ein wichtiger Schritt für Ägypten gewesen. Darüber hinaus lägen aber auch ein friedlicher Verlauf des Konfliktes und das Wohl des Palästinensischen Volkes im Interesse Ägyptens. Zudem gebe es aufgrund historischer, politischer und geographischer Faktoren ein besonderes Verhältnis zwischen Ägypten und dem Gazastreifen. Ägypten habe maßgeblich zum Zustandekommen der jüngsten Waffenstillstandsvereinbarung beigetragen, die den Abzug aus dem Gazastreifen erst ermöglicht habe. Mit der Entsendung von Spezialisten habe Ägypten die Ausbildung palästinensischer

Sicherheitskräfte unterstützt. Als nächstes werde Ägypten nun beim Aufbau von Wirtschaft und Verwaltung im geräumten Gazastreifen eine wichtige Rolle spielen. Grenzsicherung, Zivilverwaltung, soziale und ländliche Entwicklung, wie auch finanzielle Unterstützung seien hier die entscheidenden Stichworte. Als ausschlaggebend werde sich die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Gazastreifen herausstellen, gerade im Hinblick auf die von ihm so betitelte *Islamisierung des Gazastreifens*, d.h. die Stärkung der Hamas durch den Abzug der Israelis. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen sei stets die Erfüllung der Bestimmungen der Roadmap im Blick zu behalten. Der israelische Abzug aus dem Gazastreifen sei ein wichtiger erster Schritt und werde den Weg ebnen für neue Verhandlungen und weitergehende Schritte. Dazu werde Ägypten auch in Zukunft seinen Beitrag leisten.

Herr Ashraf Zeitoon stellte als letzter Redner des Tages die jordanische Sichtweise des Gaza-Abzuges und die Rolle seines Landes bei der Suche nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes dar. Den israelischen Abzug aus dem Gazastreifen sehe er als eine große Herausforderung für alle Nachbarstaaten. Einerseits könne sich daraus eine Möglichkeit zur endgültigen Lösung des Konfliktes entwickeln, andererseits aber auch eine Zeitbombe, welche sich vor allem auf die arabischen Nachbarstaaten auswirken könnte. Deshalb müssten sich gerade Ägypten und Jordanien mit besonderer Vorsicht an den Problemlösungen beteiligen. Finanzielle Unterstützung für die Palästinenser werde ebenso benötigt, wie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitssituation und der Unterstützung sozialer Programme. Nicht nur für Ägypten, auch für Jordanien zeigten sich nach dem Gaza-Abzug neue Herausforderungen. So böte der Gaza-Abzug Jordanien eine Möglichkeit seine Einflussmöglichkeiten im Westjordanland auszuweiten. Damit seien allerdings keinerlei Gebietsansprüche an Israel bzw. die Palästinenser verbunden. Unter König Abdallah sei ein unabhängiger palästinensischer Staat und nicht ein jordanisches Westjordanland zur alleinigen politischen Zielsetzung geworden. Zur Etablierung eines palästinensischen Staates im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung gebe es nach Ansicht von Ashraf Zeitoon allerdings nur noch ein Zeitfenster von höchstens zwei bis drei Jahren. Danach würde eine solche Chance endgültig vertan sein. Ob diese Chance genutzt werden könne, hänge vor allem von Israel ab. Die Unterstützung der Palästinenser im Gazastreifen durch Israel sei der entscheidende Faktor für eine positive wirtschaftliche und soziale und damit politische Entwicklung. Jordanien werde seine Anstrengungen zugunsten einer Zwei-Staaten-Lösung in jedem Fall fortsetzen.

In der abschließenden Diskussion ging es in erster Linie um das Verhältnis zwischen Jordanien und einem möglichen Staat Palästina, sowie um die Ausgestaltung der Rolle, die Jordanien im Westjordanland übernehmen wolle.

Dr. Gershon Baskin warf die Frage auf, ob denn eine unmittelbare Grenze zwischen Jordanien und dem Westjordanland ohne einen israelischen Puffer vorstellbar sei. Nach Ansicht von Ashraf Zeitoon sei dies unter König Hassan nicht vorstellbar gewesen. Die Dinge hätten sich aber geändert und unter König Abdallah sei es im besten strategischen Interesse Jordaniens, eine gemeinsame Grenze mit einem unabhängigen palästinensischen Staat zu haben.

Dr. Martin Beck warf ein, dass Jordanien im Falle eines israelischen Abzuges aus dem Westjordanland dort eine ähnliche Rolle übernehmen könne, wie jetzt Ägypten im Gazastreifen.

Dr. Hanna Siniora stellte die Frage, ob für Jordanien denn in Zukunft auch eine Konföderation zwischen Jordanien und Palästina vorstellbar sei. Ashraf Zeitoon erwiderte, dass dies erst nach einer erfolgreichen generellen Friedensregelung in Betracht gezogen werden könne.

Herr Waleed Kazzih bezweifelte abschließend, dass Jordanien glaubhaft versichern könne, kein Interesse mehr am Westjordanland als Teil seines Staatsgebietes zu haben.

In weiteren Kurzbeiträgen ging es dann noch um Probleme des ägyptischen Engagements in Gaza. Prof. Golan merkte an, dass sich Ägypten auf ein schwieriges Spiel eingelassen habe, da es für auftretende Schwierigkeiten an der Grenze zu Israel verantwortlich gemacht werden könne. Dr. Dajani bezweifelte, dass Ägypten einen substantiellen Beitrag zur Vereinfachung des Grenzverkehrs leisten

könne. Herr Waleed Kazzuha merkte schließlich an, dass die ägyptische Einigung mit Israel nicht ohne Kritik und Widerstand innerhalb der eigenen Bevölkerung zustande gekommen sei.

Auf Grundlage der Vorträge und Diskussionen des zurückliegenden Tages, fasste **Dr. Mohammed Dajani** folgende Punkte in einem Abschlussstatement zusammen, die seiner Ansicht nach als Lektionen aus dem Gaza-Abzug gelernt werden konnten:

- Was in Gaza passieren kann, könne auch im Westjordanland passieren
- Die Siedlerbewegung innerhalb Israels sei überschätzt worden
- US-Präsident Bush sei ein großer Einflussfaktor im israelisch-palästinensischen Konflikt
- Gaza hatte seinen strategischen Wert für Israel verloren, dies sei der wahre Grund dafür, dass die Siedlungen aufgegeben wurden
- Die internationalen Anreize zum Gaza-Abzug hätten Wirkung gezeigt.

4. Sitzung: Der Gaza-Abzug und die Roadmap:

Der Vortrag von **Herrn Rami Nasrallah** über die Relevanz der „Roadmap“ nach dem Gaza-Abzug aus palästinensischer Sicht eröffnete den zweiten Sitzungstag. Hervorzuheben sei, so betonte er eingangs, dass es keine politische Vereinbarung zwischen Israel und der PA über den Abzug gegeben habe. Zudem sei die palästinensische Gesellschaft extrem zersplittert, wobei die militanten Gruppen, allen voran die Hamas, mehr und mehr an Einfluss gewannen. Der Hamas sei es gelungen, der zersplitterten palästinensischen Gesellschaft für die Dauer der Intifada ein einendes Ziel zu geben. Die Bedeutung der Hamas habe sich vor allem in den zahlreichen Terrorakten der Intifada ausgedrückt. Alle Friedensbemühungen während der Intifada seien nicht zuletzt an der Weigerung von Hamas und der Zersplitterung der Terrorgegner gescheitert. Arafat sei während der Intifada lediglich von internationaler Seite nicht jedoch von der Mehrheit der eigenen Gesellschaft als Autorität anerkannt worden. Den Gaza-Abzug habe die Hamas zusätzlich als Erfolg für sich verbuchen können, wodurch sie weiter gestärkt wurde. Die Entwaffnung, Einbindung und Kontrolle der Hamas sei daher auf palästinensischer Seite eine zentrale Bedingung für die erfolgreiche Fortsetzung des Friedensprozesses. Die Palästinenser seien nun dazu angehalten, das Entgegenkommen Sharons beim Gaza-Abzug zu honorieren und die Bedingung der Disziplinierung der Hamas zu erfüllen. In jedem Falle werde sich die Hamas langfristig als zweite wichtige Kraft neben der Fatah etablieren. Der israelische Abzug werde so letztendlich zu einer Reform des politischen Systems der PA führen, in dem die Hamas als zweite Partei eine wichtige Rolle spielen werde. Die „Roadmap“ an sich sei allerdings nach dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen nicht mehr relevant. Speziell der forcierte israelische Siedlungsbau im Westjordanland wirke der „Roadmap“ entgegen. Sharon habe mit dem Abzug aus dem Gazastreifen keinen entscheidenden Schritt zu einer Friedenslösung getan. Er habe lediglich seine Idee eines „*Greater Israel*“ durch die Idee eines „*Greater Jerusalem*“ ersetzt. Als besonders problematisch stellt Rami Nasrallah heraus, dass Sharon nun international als Friedensheld wahrgenommen werde, wobei er gleichzeitig den Siedlungsbau speziell in und um Jerusalem forcieren. Die „Roadmap“ könne dieser Situation nichts Substanzielles entgegensetzen. Sie kann angesichts eines von Israel einseitig geräumten Gazastreifens und des weiteren Siedlungsausbaus um Jerusalem (wobei es sich um ein Territorium handelt, das etwa die gleiche Größe wie der Gazastreifen hat) nicht mehr verwirklicht werden. Die „Roadmap“ sei als Lösungsweg für eine PA unter Arafat konzipiert gewesen, die Post-Arafat-Ära sei jedoch anders und erfordere daher andere Lösungsansätze. Dies müsse bei zukünftigen Friedensbemühungen erkannt und berücksichtigt werden.

Frau Prof. Galia Golan vertrat in ihrem Vortrag die Gegenposition zu Rami Nasrallah. Die „Roadmap“ besitze ihrer Ansicht nach durchaus noch Relevanz. Sie selbst sei zwar keine ausgesprochene Anhängerin der „Roadmap“, diese enthalte aber wichtige Punkte, zu denen es keine Alternative gebe. Außerdem werde sie von Präsident Bush als *sein Plan* angesehen, von dem er nicht so ohne weiteres abweichen werde. Zumindest werde sie als Schlagwort erhalten bleiben. Die „Roadmap“ habe zwei signifikante Vorteile gegenüber früheren Friedensplänen: Erstens enthalte sie ein klares Bekenntnis zu einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 und fordere eine

Vereinbarung über den endgültigen Status (Final Status Agreement). Zum zweiten sehe sie ein System der Überwachung durch eine dritte Partei vor. Dennoch berge die „Roadmap“ auch große Probleme. Erstens sei sie genau wie der Oslo-Friedensplan lediglich eine Interimslösung, was ein Fehler sei. Des Weiteren könnten beide Seiten sie jederzeit durch die Nichteinhaltung bestimmter Bedingungen scheitern lassen. Drittens enthält die „Roadmap“ keine Festlegung des genauen, späteren Grenzverlaufes. Viertens greife der zuvor generell als Vorteil genannte Monitoring-Mechanismus zu spät, nämlich erst in Phase Zwei, was dazu führe, dass in Phase Eins keine effektive Überwachung des Prozesses gewährleistet werde. Gerade dort werde aber wirksames Monitoring benötigt. Als fünften Problembereich nannte Prof. Golan, dass es keine exakte Kriterien- und Zeitplanfestlegungen für die Phasenübergänge gebe und die dort vorgegebenen vagen Zeitvorgaben sowieso längst überschritten seien. Gerade die Kriterien für die Phasenübergänge seien zu ungenau, was durch Sharons eigenmächtige Konditionierungen weiterer Zugeständnisse noch forciert werde. Die einzige wirkliche Konditionierung, die sich bisher allerdings als unwirksam erwiesen habe, sei die verbindliche Forderung des israelischen Rückzuges aus allen besetzten Gebieten, sobald die Palästinenser die an sie gestellten Voraussetzungen in Bezug auf die Sicherheitslage erfüllt haben. Das Hauptargument für die ungebrochene Relevanz der „Roadmap“ sei es dagegen jedoch, dass nur dieser Weg zu einer Lösung des Konflikts von der internationalen Gemeinschaft unterstützt und vorangetrieben werde. Verhindert werde derzeit ein Voranschreiten des Prozesses hauptsächlich dadurch, dass Sharon überhaupt nicht an Verhandlungen interessiert sei. Nicht zuletzt der unilaterale Abzug aus dem Gazastreifen zeige dies. Sharon sähe am liebsten Chaos im Gazastreifen, um einen Grund zur Wiederbesetzung und einen Beweis für die Friedensunfähigkeit der Palästinenser zu haben. Zudem werde der Friedensprozess durch die auf beiden Seiten bevorstehenden Wahlen zum Stillstand gebracht. Die praktische Unterstützung Abu-Mazens bei der Einhaltung der Waffenruhe und der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Gazastreifen sei daher die wichtigste Aufgabe für die nähere Zukunft. Außerdem könnte eine Stärkung Abu-Mazens zur Eindämmung der politischen Macht von Hamas beitragen, die den Gaza-Abzug für sich als Erfolg verbuchen konnte. Eine Verbindung von Wiederaufnahme des Friedensprozesses und Stärkung Abu-Mazens könnte ein möglicher Weg sein. Beispielsweise könnte dies im Wege begrenzter Verhandlungen über den Abzug aus einzelnen kleinen Siedlungen im Westjordanland bewerkstelligt werden. Auf alle Fälle müsse eine Wiederaufnahme der „Roadmap“ erfolgen. Die Forcierung und Verkürzung der Phasen, wie vereinzelt gefordert, könne dagegen keine Lösung sein. Angesichts der angesprochenen Problembereiche sei vorsichtiger Optimismus aber dennoch nicht völlig unangebracht. Zwar nicht unbedingt auf palästinensischer Seite, aber in Israel habe es in den letzten Jahren doch wesentlich größere Fortschritte gegeben als dies gemeinhin für möglich gehalten worden war. Der Slogan: „Zwei Staaten für zwei Völker“ sei mittlerweile in Israel salonfähig geworden, was noch vor wenigen Jahren als unvorstellbar galt. Eine Zwei-Staaten-Lösung gelte inzwischen international als einzig realistische Lösung des Konfliktes und mit George W. Bush spreche sogar erstmals ein amerikanischer Präsident von einem eigenständigen palästinensischen Staat. Zwar schaffe der von Israel gebaute Sicherheitszaun neue Realitäten, aber immerhin wolle Israel nach dessen Fertigstellung lediglich neun Prozent des Westjordanlandes annektieren und dafür ggfs. sogar einen Gebietstausch im Negev anbieten. Dies könne man durchaus als Fortschritt interpretieren. Auch dass Israel bei der Entscheidung und Umsetzung des Gaza-Abzuges Ägypten als Nachbarstaat miteinbezogen habe, sei eine Veränderung seiner politischen Strategie. Sie wolle zwar keinesfalls behaupten, dass die Situation rosig sei, es habe jedoch Fortschritte gegeben und im Vergleich zur Situation noch vor wenigen Jahren seien wir heute viel weiter.

Herr Yossi Alpher brachte in seinem Vortrag zum Ausdruck, dass er eine Rückkehr an den Verhandlungstisch oder gar zur „Roadmap“ in näherer Zukunft für sehr unwahrscheinlich halte. Haupthinderungsgrund dafür sei Ariel Sharon, da dieser nicht an den Erfolg von Friedensverhandlungen mit politisch nicht oder kaum legitimierte Arabischen Regierungen glaube und auf palästinensischer Seite auch keinen verlässlichen Partner sehe. Zudem erkenne er die „Roadmap“ nicht als bindend an und halte Abu-Mazen für zu schwach um mit Israel getroffene Vereinbarungen gegenüber den Palästinensern durchzusetzen. Die einzige, wenn auch unwahrscheinliche Möglichkeit, die „Roadmap“ noch zu retten, sei aus seiner Sicht eine Neuformulierung der Phase eins und die Aufhebung der darin enthaltenen konditionalen Verknüpfung von israelischem Abzug und Entwaffnung der palästinensischen Radikalen. Beides müsse stattdessen in einer neuen Formulierung unabhängig voneinander gefordert werden. Die demografische Entwicklung in Israel und den Palästinensergebieten werde über kurz oder lang zu einem radikalen Wandel des Denkens in Israel führen, da die palästinensische Bevölkerung um ein mehrfaches

schneller wachse als die israelische. Die Demografie werde daher in Zukunft wichtiger sein als die Geografie. Dies werde letztendlich zu einem Rückzug aus Teilen des Westjordanlandes führen und vielleicht sogar aus Teilen Ostjerusalems. Allerdings gab Yossi Alpher zu bedenken, dass das Verhältnis Israels zum Westjordanland ein anderes sei, als das zum Gazastreifen. Gaza sei nie Teil des jüdischen Kernlandes gewesen, das Westjordanland dagegen werde als Wiege des biblischen Volkes Israel betrachtet. Der israelische Standpunkt in Bezug auf das Westjordanland sei anders und bei einem eventuellen zukünftigen Abzug werde erheblich größerer Widerstand zu erwarten sein. Dennoch bestünden Chancen, Teilabzüge zu verwirklichen. Ausschlaggebend dafür werde letztendlich auch der entsprechende Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft sein, wie dies auch in Bezug auf den Gaza-Abzug der Fall gewesen sei. Ein zentrales Problem sieht Yossi Alpher auch in der Beschaffenheit des israelischen politischen Systems. Die Palästinenserfrage habe bisher noch jede israelische Regierungskoalition zum Scheitern gebracht. Das Wahlsystem und die zersplitterte Parteienlandschaft machten jedoch Koalitionsregierungen unumgänglich, was bedeute, dass substantielle Fortschritte in der Palästinenserfrage auch von zukünftigen Koalitionsregierungen nicht zu erwarten seien. Es werde auch in Zukunft keine wirkungsvollen Verhandlungen mit den Palästinensern geben, da die Interessen der gesellschaftlichen Strömungen in Israel zu unterschiedlich seien und gerade die Siedlerbewegung noch über erheblichen politischen Einfluss verfüge. Diese Tatsachen müssten auch und gerade von der internationalen Gemeinschaft sowie von in die Konfliktbearbeitung involvierten Drittparteien zur Kenntnis genommen werden. Auf palästinensischer Seite machte Yossi Alpher die noch immer verbreitete Unwilligkeit, eine Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren als Hauptproblembereich aus. Die Idee einer Zwei-Staaten-Lösung sei nämlich keineswegs, wie Prof. Golan impliziert hatte eine neue Errungenschaft. Bereits in den 1930er Jahren habe es mehrere Versuche gegeben, eine Zwei Staaten-Lösung umzusetzen. Damals seien 82 Prozent des Territoriums des historischen Palästina für einen palästinensischen Staat vorgesehen gewesen. Die Umsetzung scheiterte am Widerstand der Palästinenser. Später gab es Versuche eine Zwei-Staaten-Lösung durchzusetzen, bei der 48 Prozent des Territoriums für die Palästinenser vorgesehen gewesen seien. Wie könne sich also Abu-Mazen, oder ein zukünftiger palästinensischer Führer mit 23 oder sogar weniger Prozent des Territoriums zufrieden geben? Dies werde nicht passieren. Abschließend wies Yossi Alpher darauf hin, dass man sich vor der Implementierung weitergehender Schritte darauf konzentrieren müsse, den gegenwärtigen Zustand zu stabilisieren, um so wirtschaftlichen Fortschritt auf beiden Seiten zu erreichen.

Dr. Martin Beck sprach in seinem Vortrag über die Rolle der EU im israelisch-palästinensischen Konflikt nach dem Gaza-Abzug. Einleitend warf er die Frage auf, was die internationale Gemeinschaft nach dem Gaza-Abzug der Israelis tun könne. Bevor die Wahlen auf beiden Seiten stattgefunden hätten, könne seiner Ansicht nach relativ wenig getan werden. Druck auf die beiden Konfliktparteien von internationaler Seite könne in der gegenwärtigen Situation eher kontraproduktiv sein. In seinem Vortrag wolle er sich auf die Rolle der EU konzentrieren. Diese sei in Bezug auf ihren Einfluss auf Israel eher als schwach einzuschätzen. Aus theoretischer Sicht bestehe aber dennoch eine Option, wie die EU sich einbringen könne. Zunächst einmal wolle er aber die jeweiligen Sichtweisen der Situation nach dem Gaza-Abzug für beide Konfliktparteien kurz skizzieren. Aus palästinensischer Sicht, d.h. aus Sicht der PA, werde die Situation eher als pessimistisch eingeschätzt, da der Gaza-Abzug nicht aufgrund von Verhandlungen zustande gekommen sei und daher nicht als Erfolg für die PA verbucht werden könne. Stattdessen habe die Hamas den Abzug der Israelis als Erfolg des bewaffneten Kampfes darstellen können. Der Gaza-Abzug gehe weiterhin mit dem Bau des Sicherheitszaunes im Westjordanland einher, weshalb es den Palästinensern heute insgesamt schlechter ginge als noch vor zwei Jahren. Der Abzug habe zudem bisher keinen praktischen Nutzen für die palästinensische Bevölkerung gehabt. Und die Besetzung des Gazastreifens sei auch nicht wirklich vorüber, dieser werde noch immer nahezu vollständig von Israel kontrolliert. Betrachtet man die israelische Seite, so Dr. Beck, sei ebenfalls eher Pessimismus angebracht. Der Gaza-Abzug sei nämlich in Israel von Fraktionen durchgesetzt worden, die keineswegs an einem Siedlungsstopp interessiert seien. Der Abzug aus dem Gazastreifen sei vielmehr ein Instrument zur Festigung der Besetzungssituation im Westjordanland. Die politischen Kräfte in Israel, die für eine Beendigung der Besetzung eintreten, hätten durch den Gaza-Abzug eine Niederlage erlitten. Was könne also angesichts dieser Situation von der EU getan werden? In Bezug auf Israel könne die EU nur wenig tun, da sie kaum Einfluss auf die israelische Regierung und zudem ein negatives Image in der israelischen Bevölkerung habe. Unter den Palästinensern genieße die EU ein größeres Ansehen. In Bezug auf die PA und die Palästinensische Bevölkerung sieht Dr. Beck daher drei mögliche Handlungsfelder. Deren erstes sei die Unterstützung

der Reform der PA. Zweitens gelte es den politischen und ökonomischen Entwicklungsprozess in den Palästinensergebieten und hier speziell im Gazastreifen zu unterstützen. Drittens schließlich müsse ein kritischer Dialog mit den islamistischen Milizen initiiert werden, um diese in das politische System der PA zu integrieren. Generell agiere die EU dabei aber eher als „Payer“ denn als „Player“. In Bezug auf beide Seiten müsse ein Anstoß zu intensivierten Verhandlungen gegeben werden, wozu der Gaza-Abzug aber nach Dr. Becks Ansicht nicht unbedingt eine günstige Chance biete. Insgesamt betrachtet, gestalteten sich die Handlungsoptionen der EU als schwierig und seien eher begrenzt, weshalb er eher pessimistisch in die Zukunft sehe.

Prof. Mohammed Dajan hob zu Beginn der Diskussion die beiden Hauptprobleme hervor, die seiner Ansicht nach in den vorangegangenen Vorträgen herausgearbeitet worden waren. Das erste zentrale Problem sei die Siedlungssituation in und um Jerusalem, was die Jerusalemfrage zum schwierigsten Problem werden lasse. Aus dem Gaza-Rückzug könne allerdings die Erkenntnis gezogen werden, dass Israel in der Lage sei, auch komplizierte Probleme zu lösen, wenn es nur will. Zweitens sei die „Roadmap“ überholt und daher in ihrer jetzigen Fassung eigentlich überflüssig, weshalb über eine Erneuerung ihrer Bestimmungen nachgedacht werden müsse.

Prof. David Newman betonte in seinem Beitrag ebenfalls, dass die Fehlkonstruktion der „Roadmap“ ein wichtiger Punkt sei. Diese sei, wenn auch teilweise flexibel, insgesamt immer noch zu starr. Richte man sich nach der „Roadmap“ könne man nie konsequent auf ein Ziel hinarbeiten, da nie absehbar sei, was am Ende des Weges liege. Eine detaillierte Ausrichtung mehrerer Schritte sei mit der „Roadmap“ kaum möglich. Rückkehr zur „Roadmap“ könne daher nicht Rückkehr zu der existierenden „Roadmap“ bedeuten, sondern die Rückkehr zu Verhandlungen und einem andersartigen Friedensplan. Problematisch sei auch, dass mit dem Bau des Sicherheitszaunes Tatsachen geschaffen und gefestigt würden, die die Siedlungsproblematik im Westjordanland noch verschärften. Allerdings führe der Bau des Sicherheitszaunes auch zu einem Gebiet jenseits des Sicherheitszaunes und damit zwangsläufig auch zu einer Teilung des Territoriums im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung und stelle damit auch eine Chance dar.

Dr. Gershon Baskin bestand in seinem Diskussionsbeitrag auf die Rückkehr zur „Roadmap“ und die Einhaltung ihrer Bestimmungen. Wenn man Fortschritte erzielen wolle, komme man um die „Roadmap“ nicht herum. Und mit der „Roadmap“ als Maßstab komme man wiederum nicht um eine Entwaffnung der palästinensischen Milizen herum. In Bezug auf die EU sagte er, dass diese sich selbst marginalisiere, da sie keine einheitliche Linie in der Politik gegenüber dem Konfliktgebiet verfolge und am israelisch-palästinensischen Konflikt nicht wirklich interessiert sei. Seiner Ansicht nach sollte die EU aber eine signifikante Rolle spielen, da sie durchaus Einfluss nehmen könne, wenn sie wolle und zudem viele ihrer Politiker und Diplomaten im Nahen Osten sehr angesehen seien.

Frau Prof. Galia Golan plädierte ebenfalls für eine stärkere Rolle der EU. Diese besitze zwar nicht den Einfluss, den die USA habe, verfüge stattdessen aber über ausreichend „Soft Power“ und könne damit Einfluss nehmen. Eine Beibehaltung der „Roadmap“ lediglich als Bezugspunkt lehne sie ab, es sei nicht möglich, die Inhalte der „Roadmap“ neu zu verhandeln, allein schon weil US-Präsident Bush auf die Einhaltung der existierenden „Roadmap“ dränge. Noch einmal betonte Prof. Golan, dass auch wenn der Gaza-Abzug den Friedensprozess bisher nicht vorangebracht habe, dennoch Grund zu Optimismus bestünde. Die politische Rechte in Israel spreche von Abzug aus den besetzten Gebieten, darin drücke sich ein bedeutender Wandel im Denken der politischen Elite Israels aus. Für Jerusalem gebe es trotz aller Komplexität des Problems dennoch Lösungsvorschläge, es komme nur auf den Willen an, diese auch umzusetzen. In Bezug auf das Westjordanland gelte das Sicherheitsargument heute längst nicht mehr als Rechtfertigung für die Besetzung, sicherlich sei das Westjordanland nicht mit dem Gazastreifen zu vergleichen, dennoch seien auch hier Fortschritte nicht völlig ausgeschlossen.

Herr Waleed Kazzih kritisierte, dass sich die Diskussion bisher zu sehr auf den Wandel in Israel konzentriert habe. Auch auf palästinensischer Seite habe es Veränderungen gegeben, die zu Diskussionen Anlass böten. In Bezug auf die „Roadmap“ sollte darüber gesprochen werden, ob deren Autoren und Initiatoren überhaupt noch einflussreich genug seien, um diese erneut auf den Verhandlungstisch zu bringen. Vielleicht sollte man darüber nachdenken, die „Roadmap“ einer Überarbeitung zu unterziehe und sie dann wiedervorzulegen. Bei der EU sei vor allem deren

Widersprüchlichkeit ein Problem, daher könne sie ihren nicht unerheblichen Einfluss nicht in vollem Umfang ausüben.

Herr Amir Weisbrood betonte, dass die PA nicht um die Frage der Entwaffnung der Hamas herumkomme. Dabei könne auch die EU eine Rolle spielen. Eine Einbindung der Hamas in den politischen Prozess sei weder einfach, noch ungefährlich. Vorrangiges Ziel solle zunächst die Stärkung der PA gegenüber der Hamas sein. Wenn die Hamas integriert werde, entstehe schnell der Eindruck, sie sei ein legitimer Akteur, dies sei aber nicht der Fall. Ohne eine Anerkennung des Staates Israel und seiner Existenzberechtigung als jüdischer Staat sei Hamas für Israel kein akzeptabler Verhandlungspartner auch nicht als Mitglied einer Koalitionsregierung in den palästinensischen Exekutive.

Matthew Gutman, Regionalkorrespondent der Jerusalem Post, betonte gegenüber Frau Prof. Galia Golan, dass es sehr wohl noch ein Sicherheitsargument für die Besetzung des Westjordanlandes gebe. So könne nämlich palästinensischer Terrorismus verhindert werden. Dies sei zumindest die Sichtweise vieler Siedler, die sich noch um die Sicherheit des israelischen Kernlandes sorgen. Daneben gebe es inzwischen aber bereits eine neue Generation von post-zionistischen Siedlern, die sich eher dem „jüdischen Land“ (Erez Israel) als dem israelischen Staat (Medinat Israel) verbunden bzw. verpflichtet fühlen und sich deshalb unter bestimmten Bedingungen auch vorstellen könnten, ähnlich wie die Araber in Israel in einem palästinensischen Staat bzw. unter einer palästinensischen Verwaltung leben zu können. Sie argumentierten, es dürfe auch in der Arabischen Welt nie wieder „judenreine“ Gebiete geben, damit von einem Nahostfrieden gesprochen werden können. Weiterhin stellte er die Frage, warum zur Herbeiführung einer territorialen Lösung nicht eingehender über einen Gebietsaustausch, auch unter Einbeziehung der arabischen Nachbarstaaten nachgedacht werde.

Yossi Alpher stellte ergänzend zu seinem Vortrag erneut heraus, dass Sharon gerne möglichst dramatische Szenen beim Abzug aus dem Gazastreifen gesehen hätte, um beweisen zu können, dass die Räumung besetzter Gebiete nicht durchführbar sei. Zu den postzionistischen Siedlern bemerkte er, dass jenen von palästinensischen Vertretern durchaus wohlwollend die Bedingungen ihres Verbleibens in den dann souveränen palästinensischen Gebieten bereits vorgestellt worden sind und dass viele sich mit Bedingungen wie Entwaffnung etc. nun doch letztlich nicht einverstanden gezeigt haben. Zu der Logik eines Gebietstausches merkte Yossi Alpher an, dass ein solcher theoretisch durchaus denkbar sei. Anhand einer Landkarte sei dies alles problemlos möglich. Solche Konstruktionen verkannten jedoch die politischen Realitäten in der arabischen Welt und seien praktisch nicht durchführbar. Die Stärkung der palästinensischen Milizen sei Yossi Alphers Ansicht nach letztendlich auf George W. Bushs *Demokratisierungspolitik* im Nahen Osten zurückzuführen. Für Israel sei es aber unmöglich, selbst mit entwaffneten Fundamentalisten zu verhandeln. Insgesamt sehe er zwar Fortschritte und Veränderungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, teile jedoch nicht den Optimismus von Frau Prof. Galia Golan.

Dr. Martin Beck räumte in seiner zusammenfassenden Beantwortung der Fragen abschließend ein, dass die EU durchaus für ihre Voreingenommenheit im transatlantischen Verhältnis und ihre Unfähigkeit, eine gemeinsame Außenpolitik zu formulieren kritisiert werden könne. Dennoch könne sie in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt eine wichtige Rolle spielen. Die EU-Staaten erkannten als erste das palästinensische Recht auf staatliche Unabhängigkeit an. Die Platzierung der Zwei-Staaten-Lösung auf der politischen Agenda gehe letztendlich auf die EU zurück. Auch die „Roadmap“ sei zu großen Teilen ein europäisches Produkt und auch das Konzept des „Monitoring“ entspringe eher den Gedanken von Politikern aus Berlin und Paris als aus Washington. Ein Grund, weshalb die EU keine wichtige Rolle spielt liege darin, dass sie von den USA als politischer Partner nicht benötigt werde. Warum sollten die USA, die stets skeptisch und zögerlich auftretende EU mit einbeziehen? Die „Soft Power“ der EU sei darüber hinaus in der israelischen Gesellschaft nicht anerkannt. Lediglich als Zahlmeister werde die EU akzeptiert.

5. Sitzung: Regionale Auswirkungen des Abzuges:

Zum Abschluss der Konferenz trug der **Referent aus dem Libanon** seine Sichtweise der aktuellen politischen Entwicklungen in seinem Land vor und stellte diese in Zusammenhang mit den Entwicklungen im Gazastreifen bzw. in Israel nach dem Abzug. Im Unterschied zu Ägypten und Jordanien haben im Libanon die Vorgänge im und um den Gazastreifen nur wenig Aufmerksamkeit erzielt, da sich dort infolge des Hariri Mordes seit Februar eine eigene politische Dynamik entwickelt habe. Bei aller Bedeutung des Gaza-Abzuges, sei er der Überzeugung, dass drei gegenwärtige Entwicklungen in der Region von größerer Signifikanz seien und sich stärker auf die gesamte Region auswirken würden als der Gaza-Abzug. Dies seien die Situation im Irak, die Zukunft des iranischen Atomprogramms und die Ergebnisse der internationalen Untersuchungen des Hariri-Mordes im Libanon, geleitet durch den deutschen Staatsanwalt Detlev Mehlis. In seinem Vortrag wolle er sich vor allem mit den Mehlis-Untersuchungen beschäftigen, da diese, je nachdem welche Ergebnisse dabei zutage treten, weitreichende Auswirkungen im Libanon und über dessen Grenzen hinaus haben könnten. Mit der Beendigung der 29jährigen syrischen Besatzung Libanons im April dieses Jahres, böte sich jetzt eine historische Chance zur Realisierung einer freiheitlichen, pluralistischen und demokratischen Entwicklung im Libanon. Durch drei Faktoren seien die Syrer dazu gezwungen worden, aus dem Land abzuziehen. Erstens habe es eine Serie politischer Fehleinschätzungen seitens der syrischen politischen Führung gegeben, zweitens sei der internationale Druck auf Syrien in den letzten Monaten gewachsen. Hier stellte er besonders die Rolle der USA bei der Einflussnahme auf Syrien heraus, weshalb er auch die Einschätzung Ghassan Al-Attiyahs, die amerikanische Politik im Nahen Osten sei gescheitert, nicht teile. Drittens schließlich habe es im Libanon erstmals einen massiven sich auch öffentlich darstellenden gesellschaftlichen Widerstand gegen die syrische Besatzung gegeben. Weiterhin kam es im Juni zum ersten Mal zu Wahlen ohne syrische Einflussnahme. Trotz aller noch immer herrschenden religiösen Spaltungen und politischen Verwerfungen sei das neu gewählte Parlament ein erster Erfolg. Der Libanon sei in eine Phase politischer Transformation eingetreten, die zu demokratischen Reformen führen werde. Dabei sei eine Reform des libanesischen Wahlrechts und eine Neuordnung der Wahlbezirke genauso notwendig wie die Aufnahme der Möglichkeit einer Parlamentsauflösung in eine neue libanesische Verfassung. Die Mehlis-Untersuchungen hätten in den vergangenen Tagen eine dramatische Wendung genommen, nachdem vier hochrangige Mitglieder der Präsidentengarde, allesamt Getreue der früheren syrischen Besatzungsmacht, festgenommen worden seien. Die zu erwartenden Auswirkungen auf Syrien hängen davon ab, wie weit die Untersuchungen tatsächlich gehen werden. Für die USA sei die Verwicklung Syriens in den Hariri-Mord eine günstige Gelegenheit, den Druck auf das dortige Regime noch einmal zu erhöhen, um so die Unterstützung von Hisbollah, palästinensischen Militanten und irakischen Terroristen durch Syrien zu beenden oder gar einen Regimewechsel herbeizuführen. Das Regime in Damaskus habe darauf vertraut, dass die USA mit dem Irak und der aktuellen Naturkatastrophe zuhause zu beschäftigt seien, um sich noch weiter mit Syrien auseinanderzusetzen. Die Syrer sollten sich jedoch nicht zu sehr in Sicherheit wiegen, da sich etwa eine Militärintervention gegen das Land einfacher gestalten würde als im Irak und deshalb momentan keineswegs, wie von der syrischen Führung offensichtlich angenommen, ausgeschlossen sei. Auch die Hisbollah im Libanon gerate durch die Ergebnisse der Mehlis-Untersuchungen unter Druck. Sie habe zwar genau wie die Hamas, den israelischen Abzug aus dem Gazastreifen als Sieg des bewaffneten Kampfes gefeiert und sei darüber hinaus seit den Wahlen im politischen System des Landes salonfähig geworden. Jedoch gerate sie als verlängerter militärischer Arm der iranischen Armee wegen des iranischen Atomprogramms zunehmend unter Druck. Auch die UN-Resolution 1559 nehme direkt auf sie Bezug. Wenn nun noch zutage treten sollte, dass die Hisbollah in irgend einer Weise in den Hariri-Mord verwickelt gewesen ist, würde dies zu einer weiteren Schwächung dieser Miliz führen. Weiterhin werde sich der Mehlis-Bericht auf die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon auswirken. Deren Entwaffnung, Entflechtung von der Hisbollah und Integration in das politische System des Libanon werde bereits von der UN-Resolution 1559 gefordert. Durch die Ergebnisse der Mehlis-Untersuchungen könnte dies forciert werden. Auch wenn der Großteil der palästinensischen Flüchtlinge sich wegen des Verlustes des Flüchtlingsstatus (UNWRA) weiterhin weigern werde, die libanesische Staatsbürgerschaft anzunehmen, so sei zumindest über die Einrichtung einer palästinensischen Botschaft im Libanon nachzudenken. Auch auf Israel werde sich der Mehlis-Bericht auswirken. Die Schwächung Syriens und der Hisbollah werde Israel zugute kommen. Vorstellbar wären sogar neue Verhandlungen über Rückzüge aus den Golanhöhen und Sheb'a. Schlussendlich werde es auch Auswirkungen der Mehlis-Untersuchungen auf die politische Ordnung des Libanon geben. Das politische System des Libanon sei noch immer instabil und die neu geschaffenen Verhältnisse müssten institutionalisiert werden. Entscheidend sei dabei vor allem die Aufrechterhaltung der konfessionellen Balance und die Verankerung und Weiterentwicklung demokratischer Reformen. Wie weitreichend die genannten

Auswirkungen sich tatsächlich gestalten werden, hänge von der Intensität der Mehlis-Untersuchungen ab. Diese dürften weder vor dem libanesischen Sicherheitsapparat halt machen, noch vor der lückenlosen Aufklärung der Verwicklung Syriens in den Hariri-Mord.

Zum Einstieg in die abschließende Diskussion betonte **Herr Waleed Kazziha** (selbst ebenfalls libanesischer Abstammung) dass die vorgetragene Sichtweise nur eine von vielen sei und man die Situation im Libanon auch völlig anders beurteilen könne. Er selbst teile die Ansichten des Referenten nicht. Die Syrer hätten sich bisher bei der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Libanon zweifellos als am standhaftesten und erfolgreichsten erwiesen. Die syrische Einflussnahme im Libanon habe sehr positive Auswirkungen gehabt, weitreichende soziale Vernetzungen zwischen den beiden Staaten seien geschaffen worden. Bei der Einordnung der Hisbollah als verlängerten Arm des Iran müsse man vorsichtig sein. Diese könne genauso gut als legitime libanesische Partei betrachtet werden. Eine Vernetzung der Hisbollah mit Syrien sei für ihn eher nachvollziehbar als mit dem Iran. Beim Umgang mit der Hisbollah müsse man ähnlich vorgehen wie im Falle der Hamas, sie müsse entwaffnet und in den politischen Prozess eingebunden werden. Zudem handele es sich bei der Hisbollah nur um das Symptom politischer Probleme. Man müsste aber die Probleme selbst angehen statt an den Symptomen herumzudoktern. Dem Referenten riet er, einige Punkte seines Vortrages noch einmal zu überdenken.

Herr **Yossi Alpher** merkte in seinem Diskussionsbeitrag an, dass er eine klare Verbindungslinie zwischen dem Gaza-Abzug und den Entwicklungen im Libanon vermisst habe.

Dr. Hanna Siniora wies darauf hin, dass das existierende politische System und das Wahlsystem im Libanon nach dem Bürgerkrieg zu Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung beigetragen habe, warum also solle es jetzt geändert werden? Zudem warf er die Frage auf, wieso die libanesische Armee nicht im Süden des Landes stationiert werde, um dort die Rolle der Hisbollah zu übernehmen und diese zu schwächen.

Frau Prof. Galia Golan wollte wissen, wie eine Veränderung des konfessionell gebundenen Wahlsystems praktisch ausgestaltet werden könne.

In einer kurzen abschließenden Stellungnahme ging der **Referent** noch einmal auf die Fragen und Kommentare der Diskussionsteilnehmer ein. Die von ihm vorgetragene Sichtweise sei zwar nicht die einzig mögliche und allein gültige, sie sei im Libanon aber durchaus verbreitet. Dass Syrien im Ergebnis im Libanon erfolgreich gewesen sei, bestreite er ja gar nicht, man müsse allerdings auch berücksichtigen, um welchen Preis und mithilfe welcher Methoden. Die Hisbollah könne innerhalb des Libanon zwar als eigenständige Partei betrachtet werden, werde aber vom Iran finanziell und personell unterstützt. Die Frage ihrer Entwaffnung und Einbindung sei im Libanon keineswegs geklärt, sondern noch immer umstritten. In Bezug auf die praktische Ausgestaltung demokratischer Reformen, betonte er, dass im Libanon Demokratie nicht nach dem Prinzip „*one man one vote*“ funktionieren könne, zu ausgeprägt sei dafür die konfessionelle Spaltung. Mit Wahlrechtsreform habe er in erster Linie eine Umgliederung der Wahlbezirke gemeint. Demokratie fordere auch die Garantie von Minderheitenrechten und nicht nur die Herbeiführung von Entscheidungen durch eine Mehrheit. Das politische System im Libanon könne konfessionell bleiben, es müsse aber für den Einzelnen die Möglichkeit bestehen, sich aus seiner konfessionellen Gruppe zu verabschieden und davon unabhängig seine politischen Rechte wahrzunehmen. Dies sei schließlich sein demokratisches Grundrecht.

Schlussitzung:

Mit kurzen Dankesworten beschloss **Prof. David Newman** anschließend die Konferenz und hob hervor, dass er zwei sehr interessante Tage erlebt und zum Teil erfreulich kontroverse Meinungen gehört habe. An die Konrad-Adenauer-Stiftung richtete er die Anregung, man solle über eine Semi-Institutionalisierung dieser Veranstaltung bzw. dieses Teilnehmerkreises nachdenken, um auf diese Weise die Nachhaltigkeit des Dialogs zu fördern und noch konkreter zu möglichen gemeinsam verfassten Schlussempfehlungen zu gelangen.

Dr. Michael Lange / Stephan Haller / Dr. Hardy Ostry